

Kommentar der SPD zu den Plänen der Bundesregierung, zukünftig einen freiwilligen Zivildienst anzubieten

Der SPD-Bundestagsfraktion geht es bei der Diskussion um die Wehr- und Zivildienstreform vor allem um eins: Indem wir auf Freiwilligkeit setzen, gehen wir einen wichtigen Schritt zur Stärkung unserer Bürgergesellschaft. Wir vertrauen auf selbstbestimmte junge Menschen, die freiwillig und aus innerer Überzeugung Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen.

Die Bereitschaft dazu ist groß. Zehntausende junge Frauen und Männern erklären sich Jahr für Jahr bereit, einen Jugendfreiwilligendienst zu absolvieren und ihre Kraft, ihre Zeit und ihre Kompetenzen in unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche einzubringen. Junge Menschen wollen in Altenheimen, Krankenhäusern und Kindertagesstätten, in Naturschutzgebieten, im Sportverein oder im Theater ihren Dienst für die Gemeinschaft leisten. Hierin liegt ein unermesslicher Schatz, der noch nicht vollständig gehoben ist. Denn seit Jahren übersteigt die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber die Zahl der Plätze um das Doppelte. Es ist Aufgabe der Politik, die jetzt anstehenden Veränderungen als Chance zu einer Offensive für mehr Freiwilligkeit zu nutzen und noch mehr Gelegenheit für freiwilliges Engagement zu schaffen.

Die SPD sieht deshalb die Zukunft in einem Ausbau der Jugendfreiwilligendienste. Jugendfreiwilligendienste sind eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements. Im Übergang zwischen Jugend- und Erwachsenenphase eröffnen sie die Chance zu persönlicher und beruflicher Orientierung. Sie sind Bildungsdienste und ermöglichen neue Lernerfahrungen, vermitteln wichtige fachliche und soziale Fähigkeiten. Sie stärken Selbständigkeit, Selbstbewusstsein und Verantwortung.

Jugendfreiwilligendienste sind erprobt, sind äußerst beliebt bei jungen Menschen und werden erfolgreich gemeinsam von der Zivilgesellschaft, Bund und Ländern angeboten. Alles spricht dafür, die sich jetzt bietende Chance zu ergreifen und Jugendfreiwilligendienste quantitativ wie qualitativ weiter zu stärken.

Statt diese Gelegenheit mutig zu nutzen, setzt Bundesfamilienministerin Schröder mit ihrem Vorschlag eines freiwilligen Zivildienstes auf das völlig falsche Pferd. Er ist altem Denken verhaftet, er stellt den Grundsatz der Nachrangigkeit von staatlichem gegenüber gesellschaftlichem Engagement in Frage und verabschiedet sich vom Leitbild einer starken Bürgergesellschaft. Er verunsichert junge Menschen und berücksichtigt zu wenig ihre Perspektiven und Interessen. Insbesondere führt er zu teu-

ren und überflüssigen Doppelstrukturen und kann die Freiwilligendienste sogar in ihrer Existenz gefährden.

Dabei ist doch völlig klar: Der Zivildienst ist nichts anderes als eine Form des Wehersatzdienstes. Wird die Wehrpflicht ausgesetzt, hat das natürlich Konsequenzen für den Zivildienst. Das will Schröder nicht wahrhaben. Denn mit ihrem Festhalten am Zivildienst geht es ihr nicht um die Interessen der jungen Menschen, sondern um ihre eigenen Kompetenzen und Zuständigkeiten.

Die Rufe aus der Union nach einem sozialen Pflichtdienst zeigen einen Rückfall in alte Zeiten. Teile von CDU und CSU setzen nach wie vor auf Zwang statt auf Freiwilligkeit. Sie haben kein Vertrauen in die Bereitschaft junger Menschen, Verantwortung zu übernehmen.

Wir sind überzeugt: Die notwendigen Reformen bei Wehr- und Zivildienst bieten eine große Chance für die Modernisierung unserer Gesellschaft. Verteidigungsminister zu Guttenberg und Familienministerin Schröder sind dabei, diese Chance mutwillig zu verspielen.

Sönke Rix, MdB SPD, ist Mitglied des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement.

Kontakt: soenke.rix@bundestag.de